

Koalition begräbt Impfpflicht

Abschaffen statt aussetzen: Ungeliebtes Gesetz soll vor dem Sommer Geschichte sein.

Wien – Außer Ärger hat die Pflicht zur Corona-Impfung nicht viel gebracht, meinte ÖVP-Klubchef August Wöginger gestern: „Ab dem Zeitpunkt, zu dem das Impfpflicht-Gesetz beschlossen wurde, hat es eine noch höhere Ablehnung gegeben.“ Gemeinsam mit Gesundheitsminister Johannes Rauch (Grüne) verkündete Wöginger gestern den Plan

zur endgültigen Abschaffung der Impfpflicht. Noch gestern brachten die Koalitionspartner einen entsprechenden Initiativantrag im Nationalrat ein. Im Juli und damit noch vor dem Sommer soll das Parlament das Aus beschließen.

Die Impfpflicht war im Jänner beschlossen worden. Unter dem Eindruck voller Spitäler und belasteter Intensivstationen stimmten

damals auch SPÖ und NEOS zu. Tatsächlich trat die Pflicht aber nie in Kraft. Aktuell ist sie bis Ende August ausgesetzt. Bis diese Frist abläuft, soll das Gesetz nun schon als Ganzes außer Kraft sein.

Der Appell zur Impfung bleibt aber, betont Gesundheitsminister Rauch angesichts der Prognosen, dass die Infektionszahlen auch im Herbst wieder steigen. Für

die Bereitschaft dazu sei die Impfpflicht aber sogar hinderlich gewesen.

Tirols LH Günther Platter begrüßt das Aus für die Impfpflicht. Er betonte gestern erneut, dass er beim damaligen Treffen der Landeshauptleute am Achensee im November als Einziger gegen die Impfpflicht gewesen sei. Im Vorfeld dieses Treffens hatte sich Platter damals jedoch öffent-

lich für die Einführung einer allgemeinen Impfpflicht ausgesprochen. Tirols Gesundheitslandesrätin Annette Leja hatte für die Einführung einer Impfpflicht an Spitälern gewonnen. Gestern bezeichnete Leja die Impfpflicht als „verzichtbar“, weil das Gesundheitssystem nicht überreizt sei. (sabl, aheu)

Mehr auf den Seiten 2, 3

Abschied von einer Untoten

Der Schaden war groß, der Nutzen nicht vorhanden. Das endgültige Aus für die Impfpflicht ist die logische Folge der Entwicklungen im vergangenen halben Jahr. Die Folgen dieses Bauchflecks spürt aber nicht nur die Politik.

Von Wolfgang Sablatnig

Die Impfpflicht war nie bis ans Ende gedacht. Wie soll sie durchgesetzt werden? Zwangsweise, vielleicht sogar mit körperlicher Gewalt, einen Stich zu setzen, kommt in Österreich zum Glück nicht in Frage. Stattdessen waren Verwaltungsstrafen geplant. Die Folge wären Zigttausende Einsprüche gewesen, samt einer massiven Überlastung der Verwaltungsgerichte. Von der neuerlichen Aufheizung der Proteste ganz zu schweigen. Diese werden ohnehin zunehmen, wenn die Infektionszahlen explodieren und die Maske wieder Pflicht wird. ÖVP und Grüne wollen ein zusätzliches Befeuern verhindern. Dies umso mehr, als nicht nur in Tirol Wahlen vor der

Türe stehen. Ohne Impfpflicht verlieren die FPÖ ein wichtiges und die Corona-Protestpartei MFG sogar ihr einziges Argument.

Was ändert sich durch die Abschaffung? Eigentlich nichts. Schon bisher war die Impfpflicht ausgesetzt. Und sie wäre es wohl auch geblieben. Die aktuelle Omikron-Variante des Coronavirus lässt zwar die Infektionszahlen gerade wieder in die Höhe schnellen. Auch für den Herbst ist eine weitere Welle vorhergesagt. Eine Überlastung des Gesundheitssystems ist aber – zum Glück! – nicht in Sicht. Und nur diese würde die Impfpflicht und den damit verbundenen Eingriff in die Grundrechte rechtfertigen.

Was bleibt politisch? Die Aktion war ein Bauchfleck. Sie war gut gemeint und aus der Not voller Spitäler heraus geboren. Den-

noch schaffte es die Regierung nicht, sie mit Überzeugung zu vertreten.

Schon die Erfindung der Impfpflicht ließ wenig Planung erkennen. Bei der Landeshauptleutenkonferenz am Achensee im November war sie plötzlich da – geschuldet auch dem damaligen Vakuum an der Spitze von ÖVP und Bundesregierung. Sogar die SPÖ und NEOS ließen sich überzeugen. Als die Pflicht dann beschlossen wurde, entspannte sich die Covid-Lage. Alle waren froh, die Pläne nicht umsetzen zu müssen.

Jetzt verabschieden sich ÖVP und Grüne endgültig von der Impfpflicht. Die Frage, ob es nicht doch sinnvoll sein könnte, sie als Maßnahme in der Hinterhand zu halten, stellen sie gar nicht mehr. Auch das gehört zum Versagen rund um dieses Gesetz.

Die Regierung setzt jetzt darauf, mit dem Ende der Impfpflicht mehr Menschen zur Immunisierung bringen zu können. Das klingt paradox, vermutlich trifft das aber sogar die Stimmung. Ebenso wichtig wäre aber, dass mit dem Aus für die Impfpflicht auch die mit teils fundamentalistischer Hartnäckigkeit geführten Diskussionen am Stammtisch und unter Freunden ein Ende finden. Nur wenn das gelingt, findet die Untote endgültig Ruhe.

Lesen Sie dazu mehr auf Seite 3

wolfgang.sablatnig@tt.com



Die Impfung helfe, sagen Ärztekammer und Landesregierung. Foto: Falk

Platter begrüßt Impfpflicht-Aus, Ärztekammer ebenso

Innsbruck – Bei der Ankündigung seines Rückzugs erklärte Landeshauptmann Günther Platter, dass er damals beim Treffen der Landeshauptleute und von Teilen der Bundesregierung, im November 2021 am Achensee, gegen die Einführung der Impfpflicht gewesen sei. Als Einziger, wie Platter bei seinem Rückzug betonte. Als Vorsitzender der Landeshauptleutenkonferenz habe er die Impfpflicht dennoch verkünden müssen.

Öffentlich hatte sich Platter vor dem damaligen Treffen am Achensee für eine allge-

meine Impfpflicht ausgesprochen und dies in der TT damit begründet, dass man endlich die Corona-Wellen durchbrechen müsse.

Gestern begrüßte Platter das Ende der Impfpflicht und wiederholte das, was er bei seinem Rückzug gesagt hatte. „Die anhaltende Pandemiemüdigkeit hat im zweiten Halbjahr 2021 zu einer negativen Stimmung geführt, die sich auch durch Anfeindungen, Beleidigungen und sogar Drohungen gezeigt hat. So etwas prägt auch den Menschen hinter dem Politiker.“

Für eine Impfpflicht war auch Gesundheitslandesrätin Annette Leja (ÖVP) eingetreten. Sie hatte sich dafür eingesetzt, dass es bei Neueinstellungen an Spitälern eine Impfpflicht geben müsse. Gestern hielt Leja die Impfpflicht für verzichtbar. „Die vergangenen Wochen haben gezeigt, dass die derzeit dominierenden Varianten unser Versorgungssystem, auch trotz steigender Infektionszahlen, nicht gefährden.“ Die Impfpflicht bezeichnete sie gestern als „restriktives Mittel“, um einen Lockdown zu

vermeiden. Was in der Retrospektive, zumindest als die Impfpflicht verkündet wurde, nicht gelang. Am Achensee wurden damals die Impfpflicht und der Lockdown für alle ausgerufen. Der Lockdown kam sofort, die Impfpflicht wurde nach deren Verabschiedung im Jänner im Parlament alsbald ausgesetzt. Für die Impfpflicht waren neben der ÖVP und den Grünen auch die SPÖ und die NEOS.

Für die Tiroler Ärztekammer ist das Aus für die Impfpflicht „logisch“, wie Präsident Stefan Kastner sagt. Eine

solche „Zwangsmaßnahme“ lasse sich nicht rechtfertigen, weil das Gesundheitssystem nicht überlastet sei. „Wir sehen es am Abwasserscreening, dass sich derzeit eine Welle aufbaut, die Frage ist immer, worauf eine solche Welle trifft.“ Gemeint ist damit, wie hoch die Immunität in der Bevölkerung ist. Diese schätzt Kastner als hoch ein, durch Impfung und Genesung. „Genau weiß man das aber nicht, weil man ohne Antikörperstudie im Blindflug unterwegs ist.“ Eine solche fordert er. (aheu)



Der Nationalrat hatte die Impfpflicht im Jänner beschlossen. Tatsächlich war sie aber nie in Kraft. Jetzt soll sie endgültig Geschichte sein.

Foto: Inega/Latbeco

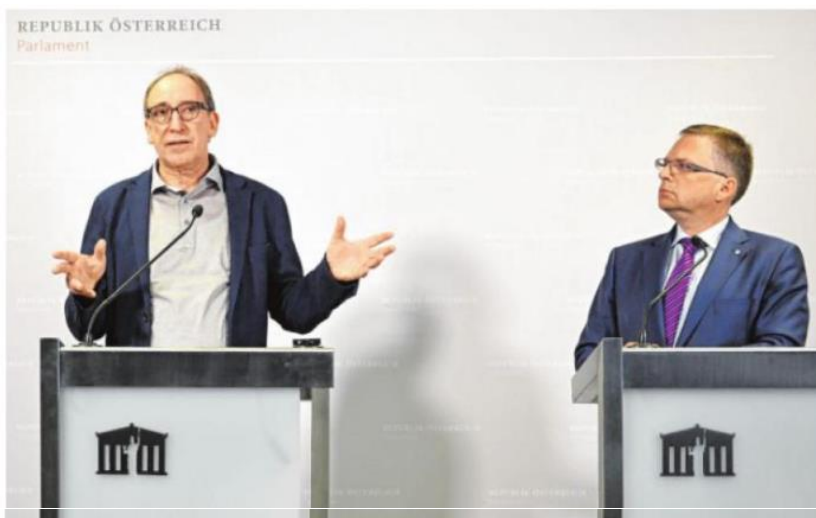
Ende einer hinderlichen Pflicht

Türkis-Grün verkündet Abschaffung der Pflicht zur Immunisierung gegen Corona. Minister Rauch hofft, dass sich umso mehr Menschen freiwillig impfen lassen.

Wien – Die Maßnahme scheint widersprüchlich: Während die Corona-Infektionszahlen österreichweit wieder in den Bereich von 10.000 pro Tag steigen und die Ampel-Kommission das ganze Land wieder orange einfärbt, verkündeten Gesundheitsminister Johannes Rauch (Grüne) und ÖVP-Klubchef August Wöginger gestern das Ende der Impfpflicht. Dieses soll noch vor dem Sommer vom Parlament beschlossen werden. Rauch und Wöginger begründeten den Schritt damit, dass zwar weitere Impfungen nötig seien, sich die Pflicht aber mehr als „hinderlich“ denn als hilfreich erwiesen habe. Der Minister: „Die Impfpflicht bringt niemanden zum Impfen.“

Minister und Klubchef sprachen viel von den Gräben in der Gesellschaft, welche die Impfpflicht auferissen habe. Dem wolle die Koalition angesichts der vielfältigen Krisen nun entgegenwirken. „Wir brauchen jeden Millimeter Solidarität und Zusammenhalt, um als Gesellschaft die nächsten Monate und Jahre überleben zu können“, sagte Rauch.

Das Parlament hat die Impfpflicht im Jänner beschlossen. ÖVP und Grüne



„Zustimmung zum Impfen verloren“: Minister Johannes Rauch, Klubchef August Wöginger.

Foto: APA/Fahlinger

hatten dafür auch die Unterstützung der Oppositionsparteien SPÖ und NEOS gewonnen. Nur die FPÖ war von Anfang an strikt dagegen.

„Auch ich habe damals die Impfpflicht befürwortet“, bekannte Rauch gestern. Der frühere Vorarlberger Landesrat war es dann aber auch, der die Pflicht am 9. März als eine seiner ersten Amtshandlungen aussetzte. Die Regelung trat danach nie in Kraft. Ende Mai verkündete Rauch die

Verlängerung des Moratoriums bis Ende August. Und bis dieses ausläuft, sollte die Abschaffung in Nationalrat und Bundesrat längst durch sein.

Warum der Wandel? Rauch begründet die Änderungen mit der Omikron-Variante des Coronavirus, die im heurigen Jahr dominant wurde. Sie bringt leichtere Krankheitsverläufe. Gleichzeitig sind die vorhandenen Impfungen weniger gut wirksam gegen Ansteckungen.

Das Ende der Impfpflicht bedeutet für den Minister aber kein Ende der Covid-Maßnahmen. Er sagte mehrfach, dass er für den Herbst eine neuerliche Maskenpflicht erwarte. Rauch wirbt auch weiterhin für die Impfung. Einen Zusammenhang des Endes der Impfpflicht mit bevorstehenden Wahlen wies der Minister zurück: „Wir haben die Zustimmung zur Impfung per se verloren. Die brauche ich aber. Da sind

mir ein paar Landtagswahlen herzlich wurscht.“

Fachleute können die Kehrtwende der Regierung nachvollziehen. Aktuell fehle die faktische Grundlage für eine allgemeine Impfpflicht, sagt Impf-Experte Herwig Kollaritsch. Die Impfung hält er aber nach wie vor für wichtig. Er regt auch an, über eine Impfpflicht für bestimmte Gruppen nachzudenken.

Der Pharmakologe Markus Zeitlinger von der MedUni Wien verweist auf die gestiegene Immunisierung der Bevölkerung durch Impfungen sowie durchgemachte Infektionen. Dadurch habe sich der Druck auf die Intensivstationen reduziert.

Die Opposition reagierte unterschiedlich auf das Ende der Impfpflicht. SPÖ-Gesundheitssprecher Phillip Kucher sieht den „vorläufigen Höhepunkt des Regierungsversagens“. Er vermisst eine Begründung für den Schritt.

FPÖ-Chef Herbert Kickl hingegen begrüßte die Ankündigung. Er fordert jetzt auch eine Aufhebung des Covid-Maßnahmengesetzes, um eine „Impfpflicht durch die Hintertür“ zu verhindern.

Für Nikolaus Scherak (NEOS) war die Pflicht von Anfang an „verkorkst“. (sabl)